

Bezugspreis:

Einzelheft 20 Pf., monatlich 1,00, vierteljährlich 2,50, halbjährlich 4,50, jährlich 8,00. ...

Per „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ ...

Exzentrum-Adresse: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Nordost. Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 6. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Nordost. Nr. 11753-54.

Der wilde Streik der Elektriker.

Gasstreik in Charlottenburg.

In der heutigen Morgenausgabe haben wir die Befürchtung ausgesprochen, daß zugleich mit der Elektrizität auch Gas und Wasser stillgelegt werden könnten. ...

Wir haben schon heute morgen gesagt, daß wir ein solches Verfahren nicht billigen und im Interesse der Arbeiterbewegung nicht billigen können. ...

Der Sach, daß der Streik nicht das erste, sondern das letzte Mittel des Lohnkampfes ist, gilt für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ganz allgemein. ...

Streiks wie dieser sind Unternehmen, die, bevor sie angedacht werden, nach allen Seiten reiflich erwogen werden müssen, auch nach der politischen. ...

Die sozialistische Gemeindeverwaltung hat die Aufgabe zu zeigen, daß sie die Interessen der Allgemeinheit besser vertreten kann als eine bürgerliche, von privatkapitalistischen Interessen geleitete. ...

Dazu kommt, daß unbefonnene Streiks solcher Art geradezu Gelegenheit zu Putzchen von rechts schaffen können. Täglich ruft die Arbeiterpresse den Arbeitern zu, sie sollten sich für derartige Fälle breithalten. ...

Aus diesen Gründen wiederholen wir den Wunsch, daß der Elektrizitätsstreik und die in den anderen städtischen Betrieben drohende Streikgefahr durch eine Verständigung, in der sich beide Teile bis an die Grenze des Möglichen entgegenkommen, in aller kürzester Frist beseitigt wird.

Streik im Charlottenburger Gaswerk.

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir die Nachricht, daß die Arbeiter der Charlottenburger städtischen Gaswerke den

Streik beschlossen haben. Sie wollen Rotkundsarbeiten nur bis zum kommenden Sonntag ausführen.

Der Umfang des Streiks.

Der Streik der Elektrizitätsarbeiter umfaßt die Werke Lichtberg, Oberspree, Rummelsburg und Moabit. In den Werken Südwest und Charlottenburg haben sich die Arbeiter der Bewegung nicht angeschlossen.

Die Angestellten der Straßenbahnen befinden sich nicht im Streik. Der Straßenbahnverkehr ruht infolge der Unterbrechung der Stromzuführung.

Klassen-solidarität oder krasser Egoismus.

Durch eine Korrespondenz wird ein Bericht über die gestrige Versammlung der Vertrauensleute der städtischen Arbeiter verbreitet, der ein recht scharfes Licht auf die von den Elektrizitätsarbeitern bei dieser Lohnbewegung geübte Praxis wirft. ...

Nach dem Bericht hat einer der Führer der Elektrizitätsarbeiter, der aus früheren Bewegungen dieser Arbeitergruppe bekannte Arbeiteramt Holt, der sich früher rühmte: Ich drücke auf den Knopf und Berlin springt! bei den diesmaligen Verhandlungen erklärt: Wie bekommen unsere Lohnerhöhungen und wenn wir über Zeichen gehen sollten!

Einer der Grundsätze des Sozialismus ist die Klassen-solidarität. Zur Ehre der sozialistisch denkenden Arbeiter können wir sagen, daß dieser Satz kein Sozialist ist. Die von ihm gedehnte brutale Ansicht ist der Ausdruck der krassensten persönlichen Egoistenpolitik, die unbedünnt um das Schicksal des anderen nur an sich selbst denkt.

Wer sind denn die Zeichen, über die der Gemütskranke Egoist ohne Skrupel hinweggehen will? Die Bourgeoisie wird wohl nur einen sehr geringen Teil des Schadens tragen. In seiner ganzen Schärfe lastet ein solch gewaltsamer Eingriff in die lebenswichtigen Betriebe aber auf der Arbeiterbevölkerung. Unsere Frauen, unsere Kinder, unsere Kranken sind es, die die Opfer einer solchen brutalen Gewaltpolitik werden.

Es ist tief bedauerlich, daß wir uns gegen Arbeiter wenden müssen, die in ihrer Verblendung solche Mittel empfehlen, wie der Arbeiterführer Egoist sie propagiert.

Eingreifen der Nothilfe?

SWA. meldet: In dem Streik der Elektrizitätsarbeiter kann folgendes mitgeteilt werden: Die Arbeit ist niedergelegt worden in den Elektrizitätswerken Moabit, Rummelsburg und Oberspree; in allen anderen Werken wird noch gearbeitet. Jedoch finden überall unter den Beschäftigten Unzufriedenheiten statt, ob in dem Streik getreten werden soll oder nicht. Abgestimmt wird auch in den Eisenbahnwerkstätten, sowie in den Gas- und Wasserwerken. Bis jetzt sind von dem Streik nur diejenigen Stadtteile betroffen, die durch die obengenannten Werke versorgt werden, so ist u. a. eine große Anzahl von Groß-Berliner Krankenhäusern nicht mehr in der Lage, einfache Operationen auszuführen, weil es an Licht und natürlich auch an der erforderlichen Kraft gebricht. Sollten die Verhandlungen, die um 11 Uhr beim Magistrat begonnen haben, ergebnislos verlaufen, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Technische Nothilfe die Rotkundsarbeiten im erforderlichen Umfang ausführen wird.

Die Bochumer Konferenz.

Zu der jüngsten Informationsreise der Delegierten der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale im Ruhrgebiet sei noch folgendes nachgetragen:

Im Verwaltungsgelände des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Bochum fand vor wenigen Tagen eine Konferenz des Vorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes, seiner Sekretäre, der Vorstände der Gruben-gewerkschaften im Ruhrgebiet mit den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbüros Amsterdam statt. ...

Der Gewerkschaftssekretär Meier (Düsseldorf) schilderte die Kohlennot im allgemeinen und insbesondere für die rheinisch-westfälische Eisen-, Stahl- und Textilmaschinenindustrie. Er wies nach, daß infolge der Kohlennot bedeutende Betriebsbeeinträchtigungen und Betriebsstörungen schon erfolgt seien, daß die vollkommene oder teilweise Arbeitslosigkeit im

Anzeigenpreis:

Die abgeregulten Anzeigenpreise ...

Wahlen begriffen sei, er erwähnte nur allen Dingen die traurige Lage der heranwachsenden Jugend.

Ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes berichtete über die Höhe der Förderung im Kohlenbergbau. Er belegte den Rückgang des Verbrauchs durch einwandfreie Kohlen und erklärte die Bedeutung der Uberschichten. ...

Otto Iure

gab eine Charakterisierung des Abkommens von Spa und erklärte, es sei durchaus irrtümlich auf der bisherigen glatten Diskussion der zwei Millionen Tonnen monatlich zu schließen, diese Lieferung sei der deutschen Volkswirtschaft nicht so sehr gefallen und habe keine schlimmen Nachteile für sie gehabt. ...

Sozialisierung der Gruben

aus der Ueberzeugung, daß es ein unerträgliches Zustand sei, für die Bereicherung einiger Privatkapitalisten zu arbeiten, und diesen Privatkapitalisten die Herrschaft über unsere wichtigsten Naturkräfte zu überlassen. ...

Kouhaux

erklärte über die Kohlenversorgung Frankreichs folgendes: Es sei richtig, daß der französische Arbeitsmarkt in letzter Zeit ungenügend hätte, woraus man eine reichliche Kohlenversorgung Frankreichs schließen könne. ...

Eupen und Malmedy.

Helfen, die französischen Arbeiter genau so in ihrem Lande gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ankämpfen würden. Ganz besonders freue ich die Mitteilung über die Aktivität für die Sozialisierung des Bergbaues. In diesem Punkte gingen die französischen Arbeiter mit den deutschen zusammen, und es sei ganz bedeutsam, daß die internationale kapitalistische Presse in Frankreich wie in Deutschland mit größter Energie die Sozialisierung des Bergbaues bekämpft.

Mertheim

ergänzt die Mitteilungen von Jouhaux noch durch Einzelheiten über die Kohlenversorgung der französischen Güttenindustrie. Hier liegt über die Hälfte der Kohlen für die Güttenindustrie. Der Rest müßte aus Deutschland bezogen werden. Es sei doch eine ganz natürliche Verabredung, wenn Deutschland Kohle liefert, wofür dann Frankreich Eisenerze abgibt. Die beiden Länder seien durch die Natur aufeinander angewiesen worden. Man müsse in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft diese Erkenntnis hineintragen, damit, wenn die militärische Gewalt ohne Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen der französischen und deutschen Volkswirtschaft einen Akt vornehme, auch eine gemeinschaftliche Gegenwehr erfolge.

Gewerkschaftssekretär Wilmann (Bergarbeiterverband)

brachte das große Elend der deutschen Bergarbeiterfamilien, der Witwen und Waisen zur Sprache und hat die französischen Kameraden, Kenntnis von den furchtbaren Leiden dieser Armen in ihren Ländern zu verbreiten. Dann brachte Wilmann die Sprache auf die sich noch in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen. Ihm seien aus den Gefangenenlagern, zum Beispiel aus Abignon, Berichte zugegangen, daß diese Gefangenen wegen der dort internierten Kriegsgefangenen. Diese Leute seien wegen Fluchtversuchs und kleiner Vergehen zu weislicher Gefangenschaft verurteilt und müßten von ihren Weibern, die überwiegend den schwarzen Truppen angehören, schändliche Qualereien ausstehen. Es sei doch ein Dohn auf die Menschlichkeit, daß diese Armen, die zum Teil schon seit Anfang des Krieges ihren Familien entrissen seien, noch viele Jahre gefangen gehalten würden und noch dazu Qualereien zu erdulden hätten. Wilmann erinnerte daran, daß der Deutsche Bergarbeiterverband sich während des Krieges ununterbrochen für die Verbesserung der Lage der in Deutschland befindlichen Gefangenen eingesetzt sei. Der Bergarbeiterverband sei eingetreten für die gezielte Bekämpfung und menschenwürdige Behandlung dieser Kriegsgefangenen, was habe, was letzterzeit bemerkt werden konnte, auch erfrühliche Erfolge aufzuweisen gehabt. Auch um das Los der aus Belgien Deportierten habe sich der Bergarbeiterverband gekümmert, und es sei ihm gelungen, eine Anzahl der Deportierten wieder in ihre Heimat zurückzuführen zu können. Er führe das an, um den gegenteiligen Berichten entgegenzutreten und damit die französischen Kameraden sich mit ihrer alten Energie für die Erleichterung des Loses der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

Neuhung (Frankreich) erklärte, daß noch deutsche Kriegsgefangene in Frankreich sich befinden, wobei er sich sehr nach nicht genügt. Den französischen Arbeitern sei nur bekannt, daß sich Kriegsgefangene, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hätten, zu Kerkerstrafen verurteilt seien. Er habe zum erstenmal, daß noch Kriegsgefangene in Frankreich festgehalten würden wegen verhältnismäßig geringer Vergehen. Er gebe das Versprechen, sich für die Befreiung und bis dahin für gute Behandlung dieser armen Menschen einzusetzen.

Mit den Worten des Dankes an die französischen und belgischen Kameraden für ihre Teilnahme und mit dem Wunsch der Herbeiführung friedlicher Verhältnisse zwischen den ehemals feindlichen Staaten wurde die Konferenz geschlossen.

Dragesch und Presse.

Halle, 8. November. (Eigenes Drahtbericht des „Kommunisten“.) Hallescher Parteitag in Halle, die „Kommunisten“, hat am Donnerstag mit der Veröffentlichung der Schriftsätze aus der Aktienmappe des Herrn Wed begonnen. Bekanntlich wurde am 28. September auf der Parteikonferenz in Halle eine Aktienmappe abgegeben, welche der Geschäftsführer des Landbundes für Sachsen-Anhalt, J. S. Wed, Halle, verloren. Aus dem Inhalt der Mappe ging hervor, daß Wed nicht nur Geschäftsführer des Landbundes, sondern auch der Dragesch war und weiter, daß

der Landbund der Dragesch angegeschlossen

ist. Aus dem Material ist die gesamte Organisation der Dragesch ersichtlich. Die Hauptgrundlagen derselben sind die Landbünde und die Kreisbauernschaften. 35 Organisationen sind dem Landbund der Dragesch Sachsen-Anhalt angegeschlossen. 30 landwirtschaftliche Körperschaften gehören außerdem der Dragesch als außerprovinzielle Organisation an.

Der Vorsitzende des Landbundes ist Landrat a. D. Freiherr v. Wilmowski vom Rittergut Marienkat, Kreis Ebersdorf. Auf die Bearbeitung der Presse im Sinne der Dragesch-Ziele ist ebenfalls größter Wert gelegt. Eine Reichspressstelle und ihr untergeordnet die Provinzial-Pressstellen stehen diesem Zwecke zur Verfügung. Die „Kommunisten“ bringt weiter ein Namensverzeichnis der verantwortlichen Leiter der Dragesch. Zug einem Brief des Herrn Wed an den Hauptgeschäftsführer der Dragesch-Presszentrale Dr. von Siegmann, Berlin, Am Karlsbad 10, 4. Et., geht hervor, daß die gesamte bürgerliche Presse in den Dienst für die Dragesch gestellt werden sollte. In dem Briefe heißt es dann ferner:

„Die einheitlich dirigierte sozialdemokratische Parteipresse zu bekämpfen, wäre Kraft- und Zeitverschwendung. In Halle sollte insbesondere das Organ der Deutschen Volkspartei die „Halleische Allgemeine Zeitung“ als

Sprachrohr der Dragesch

benutzt werden. Die heutigen Veröffentlichungen erstrecken sich besonders auf die Protokolle über die Pressekonferenzen der Dragesch, wie über den gesamten Aufbau der Pressestellen. Es sind förmliche Pressekorruptionszentralen geschaffen worden, die vor allem die Aufgabe haben, die Regierung und die Behörden zu beobachten und genaue Aufzeichnungen über die einzelnen führenden Persönlichkeiten zu machen.

Strafangelegenheiten gegen Erzbischof. Wie eine Korrespondenz erzählt, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzbischof von einer Seite, mit der er schon verschiedene gerichtliche Auseinandersetzungen hatte, nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet, und zwar wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Die Anzeige erstattet die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die Auslandskonten Erzbischofs auszuweiten. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzbischof bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt habe. Die Anzeige bittet die Staatsanwaltschaft, durch Vermittlung des auswärtigen Konsuls festzustellen, ob die Angaben Erzbischofs, daß es sich um Weiser des Reichs handle, die zu politischen Zwecken verwendet werden sollen, den Tatsachen entsprechen. Ferner wird die Staatsanwaltschaft ersucht, auch bei den Schweizer Überweisungen Erzbischofs die steuerlichen Vorschriften erfüllt sind.

Günstigen benachteiligten Gerichten wird amtlicherseits mitgeteilt, daß keine Erlaubnis für größere Kartoffelaufkäufer in die Ausland erteilt worden sei. Es ist möglich, daß unsere Lasten aus dem Versailler Friedensvertrag Anlaß zu den Alarmnachrichten gegeben haben,

Am Reichstag eröffnet Präsident Bode die Sitzung um 10.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Schiffer (Dem.), die von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen (Rechte) unterstützt wird. Sie lautet:

„Der Rat des Völkerbundes hat am 20. September in Paris beschlossen, Belgien endgültig die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy anzusprechen. Daß die Reichsregierung von diesem Beschluß amtlich Kenntnis erhalten hat, ist bekannt, auf welche tatsächlichen Grundlagen er sich stützt? Welche Stellung nimmt die Reichsregierung dazu ein, und was hat sie getan oder gedenkt sie zu tun, um den Rückweis zu erzwingen, daß dieser Beschluß dem Wortlaut und dem Sinn des Art. 84 des Versailler Vertrags und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspricht?“

Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation verbunden wird eine Interpellation Koresell (Dem.) über die Lage in dem besetzten Gebiet des Rheinlands. In ihr wird Auskunft erbeten über die Höhe der Besatzungskosten, über die Behandlung der Bevölkerung durch die Besatzung und über Maßnahmen zur Herbeiführung der Rückkehr der wegen Abwehr separatistischer Bestrebungen Ausgewiesenen.

Abg. Dell (S.)

beantwortet die erste Interpellation. Der Rat gehorcht, nicht dem eigenen Trieb, muß ich zum drittenmal schwere Vorwürfe erheben gegen unsere Kriegsgegner. Sie haben sich Reichsverletzung, Verwundung und Verneinung zuschreiben lassen. Im internationalen Verkehr hat sich mit der Zeit

eine Moral mit doppeltem Boden

herausgebildet. Die Besatzungskosten sind ungeheuerlich. Was tun diese mehr als 100 000 Mann im besetzten Rheinland? Die Besatzungstruppen betrachten das besetzte Gebiet als Aufmarschgelände. Offenbar haben die Offiziere nichts weiter zu tun, als den Willkür und die Furchen zu vernichten. Die Bürgermeister werden fast ausgeschlossen. Die Reichsregierung muß alles tun, um Deutschland zu seinem Recht zu verhelfen. Jeder anstehende Beamte muß der Rheinlandskommission angemeldet werden, diese muß sich sogar ein Veto an. Dagegen müssen wir von der Parlamentaristik aus härteste protestieren. (Beifall.) Der Geldüberfluß in dem von den Amerikanern besetzten Gebiet ruft

eine große stilles Fernwahrlosung

herbor. Das amerikanische Volk wird das nicht dulden, wenn es davon Kenntnis erhält. Noch heute besteht die Kulturhand der Besetzung durch schwarze Truppen. Wir appellieren an das Weltbewusstsein! (Beifall.) Die Besetzung ist nicht nur wirtschaftlichen Eroberung da, wie sie die Franzosen betreiben. Darum richte ich im Namen der ganzen Völker den Appell an die Reichsregierung, das traurige Los der Rheinländer endlich zu erleichtern. All diese Dringlichkeiten sind zuzuführen auf die angeblichen Nachschaffungen des deutschen Volkes, die aber nur in der überhöhten französischen Phantasie existieren. Wir wollen in Frieden leben mit unserem westlichen Nachbar; allerdings auf dem Boden der Gleichberechtigung. Die Verflistung eines 60-Millionen-Volkes ist untragbar. (Beifall.) Wir Rheinländer sind

Gegen die Dritte Internationale.

Amsterdam, 6. November. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat der Ausschuss der Zweiten Internationale am Schluß seiner zweitägigen Beratungen eine Rundgebung gegen die Dritte Internationale verabschiedet, in der es heißt:

Sozialismus bedeutet Frieden, Volkswohlstand, bedeutet Gewalt und Krieg. Wir erheben gegen die Dritte Internationale die Verurteilung, daß sie die Arbeiter demoralisiert. An Stelle der Demokratie setzen sie eine bewachte Diktatur, nicht die des Proletariats, sondern die eines Ausschusses ein. Sie belästigen 27 Millionen organisierter Arbeiter, indem sie sie Streikbrecher nennen. Mögen sie auch mit der Lohnsklaverei ein Ende gemacht haben, so setzen sie an ihre Stelle die Staatsklaverei.

Die Rundgebung ist unterzeichnet von Henderson, MacDonald (England), Vandervelde und Dunsman (Belgien), Troelstra (Niederlande), Otto Weiss (Deutschland) und Artur Engberg (Schweden).

Sozialisierungsfelnde. Die Münchener Handelskammer sprach sich gestern einstimmig mit aller Entschiedenheit gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues aus. Sie begrüßt aber eine Aenderung der Kohlenwirtschaft, wenn damit eine Kohlenproduktionsförderung und eine Senkung der Preise herbeigeführt werden kann.

Georg Kaiser: „Europa“.

(Tanz und Spiel)

Der Tanzmeister Ludwig Rainer hat aus Latex, blauen und gelben Stoffen, roten Nadeln und einigen Kilogramm bunten Papiers ein Zirkuspantomimenspiel gezeichnet und gelebt. Alles sieht sehr lustig aus, ein wenig phantastisch und weitaus. Die Erregungen eines Warenhandelsrates werden ausgenutzt. Man ist sich jeden Augenblick darüber klar, daß alles angenehmer Kumbung nur ist. Blumenpracht aus raschenden Papieren und Puppen, eine konfessionelle Kunst, keine, die aus einer Weltanschauung kommt. Die Tanzmeisterin Ellen Pech hat Schauspieler zu Balletteuten abgerichtet, die in Varietéstücken parodieren, und ein Paar kleiner Mädchen, das möglichst viel vom weißen Fleische zeigt, wird, jauchzt, lacht, lüchelt, provokativ rosafarben, silber und weißblau durch die Manege, derweilen eine von Werner Robert Hermann Flug erfundene Musik aus vielen zum gewollten Nichton aus beurteilten Blas- und Schlaginstrumenten eine absonderliche Tönewelt herausstößt. Der Kolor, der Länger, der Musikant wurden von dem geschmeidigen Regisseur Karlheinz Martin eingeladen, um der Georg Kaiser's Tanzspiel „Europa“ mitzuhelfen. Sie tun es alle eigentlich nicht als Künstler. Die Kunstgelehrte Wuppischewskaja, die in der Manege, die Wazzerie, die nicht aus der fröhlichen Feiertags kommt, sondern aus der Berechnung auf das Publikum, dessen Augen und Ohren übermüdet sind und neu gereizt werden müssen. Anders als die andere ist die Lösung, also auch anders als das Ballet von Gilly de Rhenbt, als die Götterdämmerung des Krolltheaters. Aber auch nur solcher Zingeltangel, obwohl noch nicht Karneval ist. Alle das wurde ein wenig verkleidet durch Georg Kaiser, der schon Dadaismus schätzte, als der Oberdada nach Tragödien handierte.

Es war ein Einfall, das Altertum der Europa-Sage zu parodieren. Die antike Dame, die vom begehlichen, als Euter verarbeiteten Zeus entführt werden sollte, lebt an einem Weibsmännerhof, Europa, die Königin der Welt, wird von all diesen langhaarigen Weichlingen umfren. Sie bleibt feuch, spröde, unangenehm, selbst dann noch, als der schönste unter diesen ewig tanzenden Weibsmännern ins Wasser gegangen ist. Da fährt Zeus mit Hermes auf die Erde. Zeus auch tanzt für die unabhäre Europa. Er wird nur ausgehakt. Erst als er die wahrhaft göttliche Idee hat, die Gestalt des gehörnten Ungeheims anzunehmen, soll seine Freude ganz werden.

Ferndeutsch und lassen uns durch keine Versuche davon abbringen. (Beifall.)

Die Vorkammerkonferenz hat Eupen und Malmedy den Belgiern zugesprochen, obwohl die Bevölkerung nicht frei und unbefleht ihre Meinung zum Ausdruck bringen konnte, wie es die Note der Entente versprochen hatte. Von 33 000 Stimmberechtigten haben sich nur 231 in die Abstimmungsliste eingetragen lassen. An solchem Material hätte selbst ein Völkerbund nicht vorbeigehen dürfen.

Den Herrn Außenminister frage ich, ob noch Aufklärung der Reichsregierung der Völkerbundrat für die Entscheidung in dieser Frage zuständig ist oder nicht.

An den belgischen Nachbarn

aber richte ich zum Schluß die Hoffnung, die Sympathien, die sich Belgien durch das erlittene Unrecht in der ganzen Welt erworben hat, nicht dadurch zu verherzen, daß es Unrecht mit Unrecht vergilt. Wir wollen gute Beziehungen zu Belgien, aber dazu ist Verzeihen und Verjöhnlichkeit auf allen Seiten nötig. (Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. Simons:

Angeht die schweren Not der Bevölkerung in Eupen und Malmedy hat die Reichsregierung bereits Anfang Dezember 1919 dem Völkerbund ein Weißbuch mit reichhaltigem Aufklärungsmaterial über das Verhalten der belgischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung zugefickt. Die Reichsregierung hat beantragt, die belgische Art der Volksbefragung für ungültig zu erklären und eine freie und unbeflehte Volksabstimmung vorzunehmen. Wir haben aber auf unsere zahlreichen Beschwerden auch heute noch keine Antwort erhalten, so daß wir nicht einmal wissen, ob sie überhaupt geprüft worden sind. (Hört, hört!) Die Abstimmungslisten von 271 bei einer Bevölkerung von 33 000 beweist im Gegensatz zur Annahme des Völkerbundes, daß diese Gebiete geschichtlich, völkisch, wirtschaftlich, kirchlich, kulturell und sozial

auf engste mit Deutschland verbunden

sind. Die Enthaltung von der Abstimmung kann gar nicht anders gedeutet werden, als daß es bei der brutalen Haltung der belgischen Behörden unzulässig war, abzustimmen.

Die Reichsregierung ist der Meinung, daß der Beschluß des Völkerbundes auf Grund durchaus unrichtiger Voraussetzungen zustande gekommen ist, und daß der Völkerbund durch Belgien durchaus falsch unterrichtet worden ist. (Beifall.)

Auch aus rechtlichen Gründen kann nach unserer Überzeugung der Beschluß des Völkerbundes nicht aufrecht erhalten werden; er ist nach dem Wortlaut des Friedensvertrages in der Angelegenheit Eupen und Malmedy überhaupt nicht zulässig. Die Zuständigkeit des Völkerbundes für Eupen-Malmedy ist im Friedensvertrage nicht festgelegt worden; die Entscheidung kann also nur durch das höhere Organ, die Völkerversammlung erfolgen. Außerdem ist der Völkerbundrat überhaupt nicht so zustandekommen, wie der Friedensvertrag das vorschreibt. (Hört, hört!) Die Vereinigten Staaten sind in ihm nicht vertreten. In der gegenwärtigen Zusammensetzung ist der Völkerbundrat unzweifelhaft eine Vertretung der Siegerstaaten. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Parodie der Sage ist von einem jungen Mann, der sich einmal dumm stellt. Sie verlangt nicht einfache Zuschauer, sondern literarisch bewanderte, sie entzieht sich jedem naiven Sinn, sie entkommt, wie alles zur Ausstattung der Gegenwart, einem Offenbach-Temperamente, seinem Ungehe, sondern einer Note, die weit weniger als Serie ist. **Wolff's Haus**, als Mensch ein Pfänder und Länger, als Tier das menschliche Kindheit. Thimig Wörterbote Hermes, Bauernburche mit Wurzelbäumen und Töpferkammerie, sehr ergötzlich. **Roma Bohm**, die schimpfliche Königin der Europa, Herr **George**, ein tierisch-lustiger Zammerkönig. Es wird zum Schluß ein Bachanal gehalten, bei dem sich immer ein Völkervater zu einem heidenen Flecken bettet. So wird die Parodie noch einmal parodiert. Das geschieht immer, wenn die natürliche Lustigkeit nicht ausreicht. **Max Gochdorf**.

Erkennungen der Woche. **M. Schiller-Theater**: „Don Quixote“. **Do. Kolo-Theater**: „Femal“. **Fr.: Neues Volks-Theater**: „Parille“. **So.: Russen-Theater**: „Die Siegen“.

Groß-Berlin

Sicherung des Telephonverkehrs.

Bei den vorhergehenden Streik der Elektricitätsarbeiter sind in erster Reihe die Berliner Telephonämter, zum Teil auch das Haupttelegraphenamt, und die Telephonämter für den Fernverkehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Da die Kammer sämtlich mit Starkstrom gespeist werden, der nicht nur zur Beleuchtung der Säle, sondern auch zum Betrieb der Klappenschränke verwendet wird, so ergab sich bei allen Streiks in den Kraftwerken der Uebelstand, daß schon nach 20 Minuten Streik fast der gesamte Telephonverkehr in Berlin lahmgelegt wurde, weil der in den Reservebatterien aufgespeicherte Strom ausschließlich für die Dienstgespräche der Behörden und Kammer zur Verfügung stehen mußte. Auch heute morgen wurde auf sämtlichen Ämtern der private Telephonverkehr unterbrochen, weil man zunächst noch nähere Anweisungen der Oberpostdirektion abwarten wollte. Die Technische Rathilfe hat durch eine sehr praktische Einrichtung bereits heute morgen den Betrieb von sechs Fernsprechämtern sichergestellt. Sie hat eine Anzahl transportabler Stromerzeugungsdynamos gebaut, bei denen Dynamomaschinen, die vollkommen ausreichen, um die Fernsprechämter mit Licht und Kraft zu versorgen, von Benzinmotoren angetrieben werden. Bereits heute morgen um 8 Uhr konnten 6 Fernsprechämter in der Französischen Straße, Körnerstraße, Palladenstraße, Ullandstraße, Turmstraße und Prinzessinnenstraße mit Strom versorgt werden. Das Fernsprechamt Neudamm dagegen hatte keinen Strom und mußte seinen Betrieb paus einstellen. Die Kammer (Berliner, Walfahrt, Tempelhof, Soglin, Wilhelm und Steinplatz) werden von den Kraftwerken Südwest, Steglitz und Charlottenburg versorgt, deren Arbeiter bis zur Stunde nicht streiken.

Von drei maskierten Räubern überfallen

wurde in der vergangenen Nacht der Postkassierer Max Jänisch aus der Straßens. 8, der mit dem Postkassierer Schröder und dem Betriebsinspektoren Reumann auf dem Postamt 54 in der Köpenicker Straße 44/45, Nachtblenz hatte. Als er sich gegen 2 Uhr auf dem Baumaterialienhof des Amtes befand, fielen plötzlich drei Männer, die sich Masken vorgegeben hatten, über ihn her und verbotenen ihm unter Drohungen mit vorgehaltenem Revolver jeden Laut. Der Mann war der Uebermut nicht gewachsen und mußte es sich unter den furchterlichsten Drohungen gefallen lassen, daß man ihm Hände und Füße fesselte. Dann sperren ihn die Verbrecher in den Abortraum. Schröder und Reumann hatten aber zu Beginn des Ueberfalls doch einen kurzen Auffruch vernommen. Als nun Jänisch nicht zu ihnen zurückkehrte, schloffen sie Verdacht und sahen sich auf dem Baumaterialienhof nach ihm um. Hierdurch wurden die Räuber gestört. Sie ergriffen die Flucht, ohne irgendwelche Beute machen zu können. Die beiden Beamten befreiten den Ueberfallenen aus der Fesselung und dem Verließ. Alle drei

